

IMMERGRÜN

herausgeber: grüne liste ladenburg e.v. (gll)
kommunalpolitischer verein für die römerstadt ladenburg am neckar

MVA: Ladenburg als Standort ungeeignet!



Die Proteste und das Engagement der Bürger in und um Ladenburg haben zu einem ersten Teilerfolg geführt!

Das Gegengutachten, das aufgrund der anhaltenden Proteste der Bürgerschaft im Auftrag der Stadt Ladenburg erstellt wurde, hat den Gemeinderat endgültig überzeugt. Nach Aussage von Bürgermeister Schulz, ist der Gemeinderat jetzt entschlossen, gerichtlich gegen die Entscheidung, eine MVA in Ladenburg zu bauen, vorzugehen. Der Gemeinderat hat dies auch dem Kreistag mitgeteilt und ihn gebeten seine Entscheidung für Ladenburg als Standort einer MVA rückgängig zu machen.

Durch ihre Beharrlichkeit haben die Ladenburger Bürger erreicht, daß der Bau einer MVA in Ladenburg ohne eine gerichtliche Auseinandersetzung und dem damit verbundenen Zeitaufwand kaum noch möglich sein wird. Dies entschädigt sie vor allem dafür, daß ihnen, obwohl sie die Leidtragenden sind, im Vorfeld der Entscheidungsfindung kein Mitspracherecht zugestanden wurde.

Damit ist es aber noch nicht überstanden!! Das zurückerkämpfte Mitspracherecht muß auch ausgenutzt werden. Es ist wichtig, daß sich alle Bürger mit dem Thema auseinandersetzen. Auch wenn man nicht in unmittelbarer Nachbarschaft, also in Sichtweite der geplanten MVA wohnt (deren Schornstein übrigens sehr weit zu sehen sein würde). Man sollte sich im Klaren darüber sein, daß die gesamte Umgebung Ladenburgs durch den Bau einer MVA in Mitleidenschaft gezogen würde. Deshalb nochmals der Appell an alle Einwohner, sich zu informieren und Stellung zu beziehen (z.B.

Abdruck des Gutachtens von Prof. Dr. Werner Köhl im Mannheimer Morgen vom Sa den 23.01.88 lesen). Alle sind gefordert und sollten, jeder wie es ihm angemessen erscheint, aktiv werden (b.z.w. bleiben). Noch ist es z.B. möglich, den Gemeinderat, der in Vertretung seiner Bürger vor Gericht gehen will, durch eine möglichst umfangreiche Unterschriftenliste zu unterstützen (s.u.).

Solange sich z.B. Landrat Schütz herablassend über die Bemühungen der Gemeinde äußert; solange er der Meinung ist, es wäre bereits alles erschöpfend beraten worden (allerdings ohne die betroffenen Bürger!!) und solange er die Argumente der Betroffenen, ja nicht einmal das erstellte Gegengutachten, ernst nimmt. Solange müssen die Ladenburger in möglichst großer Zahl ihre Argumente konsequent und beharrlich vortragen. Nur so ist es mög-

Unterschriftenlisten zur Stellungnahme liegen aus: in der Buchhandlung am Markt, in vielen Ladenburger Arztpraxen und jeden Do. um 20⁰⁰ Uhr beim Treffen der BI gegen die MVA im "Kegel-Center". Hier können auch fertige Unterschriftenlisten abgegeben werden. Alle Unterschriftenlisten sollen am Ende eines Protestmarsches aller MVA Gegnern der umliegenden Gemeinden am 27. 02. 88 dem Landrat übergeben werden. Bei dieser Demonstration soll, um auf die, im neuesten Waldschadensbericht erneut aufgeführten, Luftverschmutzungsschäden hinzuweisen, einer der kranken Bäume aus dem Wald bei Wilhelmsfeld zum Landratsamt in HD getragen werden. Zeit: Sa 27. 02. 88; 13⁰⁰ Uhr Ort: Schriesheim, Meßplatz Initiatoren: BI Wilhelmsfeld, SPD, GRÜNE und BUND Wilhelmsfeld.

lich, allen Befürwortern einer MVA mit Standort Ladenburg den Ernst der Lage und die Ernsthaftigkeit der Bemühungen gegen diese MVA vor Augen zu führen.

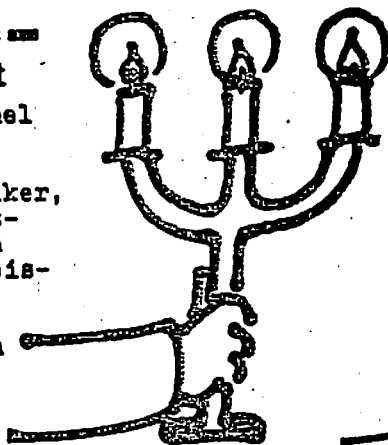
Daß sich das Engagement der Bürger auszahlt, hat sich schon jetzt bestätigt. Aber so ermutigend wie diese Entwicklung auch sein mag, noch ist kein Einlenken des Kreistages erfolgt. Auch das angefertigte Gegengutachten stellt nur die momentan aktuellste aber bei weitem noch nicht erschöpfendste Zusammenfassung dar. Es besteht also noch kein Anlaß, Protest und Engagement ausklingen zu lassen!

Was läuft bei den "Alternativen"?

- 6.2.'88: Die Wasser-Situation unserer Region, 15.00 Uhr, Ilvesheim, Ort der Presse entnehmen.
- 9.2.'88: Straßenbau und öffentlicher Nahverkehr - kritische Auseinandersetzung, 20.00 Uhr, Heddesheim, Ort der Presse entnehmen.
- 17.2.'88: Politischer Aschermittwoch der GRÜNEN, mit Otto Schily MdB, 19.00 Uhr, Schriesheim, Mehrzweckhalle.
- 24.2.'88: "Nötiger denn je: DIE GRÜNEN", Großveranstaltung mit Jutta Ditfurth und Prof. Jürgen Rochlitz, 20.00 Uhr, Edingen-Neckarhausen, Ort der Presse entnehmen.
- 25.2.'88: Atomtechnologie und Grundrechte, mit Rechtsanwalt Prof. Alexander Roßnagel, 20.00 Uhr, Ilvesheim, Ort der Presse entnehmen.
- 26.2.'88: Gentechnologie - Was man wissen sollte, mit Dr. Robert Avila und Prof. Jürgen Rochlitz, 20.00 Uhr, Ladenburg, Ort der Presse zu entnehmen.

Ladenburger Stoßgebet

O Herr, wirf Hirn vom Himmel für die Deinen!
Vergiß auch nicht Deine christlichen Provinzpolitiker, Kirchenältesten und Heimdichter. Gedenke doch auch ihrer, wenn Du in Gnade Weisheit schenkst.
Auf daß sie erkennen, wenn Mundartgedanken, auch solche, die sich reimen, nichts als nur ein trüber Seich sind.
Gewähre dies, Herr, den knüppelfreien, unvermummten Ladenburger Friedensfreunden, so daß sie Dich loben in Ewigkeit, amen.



Das Ende der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie ist in Sicht!

Drei Märchen sicherten ihre Existenz: Das Märchen von der Sicherheit, das Märchen vom billigen Atomstrom, das Märchen von der gesicherten Entsorgung, vom Atomgesetz zwingend als Bedingung für das Betreiben von AKW's vorgeschrieben.

Mit Harrisburg und Tschernobyl brach die Lüge von der Sicherheit zusammen und die wortwörtlich grenzenlosen Auswirkungen einer tödlichen Katastrophe wurden sichtbar. Diese Technik wurde als mörderisch erkannt, der Glaube verschwand. Die Lobby zog ihre Lehren; sie wurde vorsichtiger - in ihren Formulierungen: Das Restrisiko wurde erfunden und dient seitdem als Sammelbegriff für die gesamte menschliche Hilflosigkeit im Umgang mit einer nicht zu beherrschenden Technik. Bildlich kann man es sich vielleicht als einen Luftballon von unendlicher Dehnbarkeit vorstellen, in den alles hineingetan wird, was nicht zu regulieren ist und das ist viel und vor allem gefährlich.

Aber 2000 Atommüllfässer (bisher!) passen auch in diesen Ballon nicht mehr hinein, und so platzt auch diese Lüge: die Entsorgung ist nicht gesichert und wird es nie sein. Und nur deshalb konnte es zu einem Skandal kommen. Da die Transnuklear konkurrenzlos war, brauchte sie niemanden zu bestechen, um Aufträge zu ergattern. Sie tat es, weil sie ihre Aufgabe, den strahlenden Abfall sicher unterzubringen, nicht mehr gewachsen sein konnte. Die Kompaktlager quellen über, die provisorischen Zwischenlager auch. 1992 laufen die Verträge mit Sellafield-Windscale und La Hague aus.

Dann bekommen wir tausende von Tonnen Atommüll, die dort vorläufig untergebracht sind, zurück. Endlager sind nicht in Sicht. Als Müll gelten ja nicht nur die direkten Abfälle, sondern auch alles, was mit ihnen, bzw. radioaktivem Material in Berührung kommt: Kleidung, Geräte, Fahrzeuge, Container und die Kraftwerksruinen!

Und damit sind wir bei der dritten Lüge, der Lüge vom billigen Atomstrom. Bisher konnte sie nur deshalb aufrecht erhalten werden, weil der Staat Entwicklung und Ausbau der Atomenergie mit Milliarden subventionierte und noch immer subventioniert.

Wollte man allen anfallenden und schon angefallenen Atommüll sicher lagern, kämen Milliarden hinzu. Es gibt nur Gründe gegen, keinen einzigen Grund für die Nutzung von Atomenergie. Und so wichtig auch Untersuchungsausschüsse, Kontrollen, Gerichtsverfahren etc. sein mögen: das Problem bleibt. Will man retten, was noch zu retten ist, gibt es nur eine Lösung, und die heißt: Umkehr. Umweltminister Töpfer hat gesagt, er werde die Wahrheit suchen, auch auf die Gefahr hin, daß er sie finde. Erkannt hat er sie mit Sicherheit schon.

Frage an die Verantwortlichen von BBC/BBR Ladenburg:

Seid Ihr sicher, daß Ihr immer wißt, was die Container enthalten, die von den Atomkraftwerken bei Euch angeliefert werden???



Gentechnologie in Ladenburg!

Bei der Diskussion um die Service-Workstatt für die Bearbeitung radioaktiver Geräte bei BBC/BBR in Ladenburg hatte der Leiter des Gewerbeaufsichtsamtes klargestellt, daß nach geltender Rechtslage die Bürger einer Standortgemeinde kein Recht zur Beteiligung am Genehmigungsverfahren, ja nicht einmal ein Recht auf Unterrichtung über das Vorhaben haben.

Seit dieser Zeit fordert die Grüne Liste Ladenburg um so dringlicher ein Informationsrecht der Kommunen bei hochproblematischen Produktions- und Forschungseinrichtungen. Das gilt nicht nur für Chemo- und Nukleartechnik, sondern ebenso für Gentechnologie. Ladenburg ist auch eine Standortgemeinde für diesen riskanten Wissenschaftszweig. Gentechnische Methoden bilden den Tätigkeitsschwerpunkt im Max-Planck-Institut für Zellbiologie, Rosenhof.

Wer sich näher mit den Arbeiten dieses Instituts befaßt, fängt an, an der behaupteten Harmlosigkeit zu zweifeln oder zumindest, Fragen zu stellen.

Überraschend ist zunächst, daß am Rosenhof durchaus nicht nur Versuche an Pflanzen durchgeführt werden. So wurde dort unlängst ein Kleintierstall eingerichtet. Und:

Zu welchem Zweck werden dort Versuche mit dem Malaria-Erreger Plasmodium betrieben? Bekannt ist auch die Beschäftigung mit Picorna-Viren. Mit welchen Gruppen dieser Viren wird dort experimentiert und wozu? Im Anhang zu den Sicherheitsrichtlinien der zentralen Kommission für biologische Sicherheit (zKBS) werden Picorna-Viren unter der Überschrift "Umgang mit pathogenen (krankmachenden) Mikroorganismen" in den Risikogruppen II und III geführt. Schon Gruppe II enthält die Gefährlichkeitsstufe der Gelbsucht B- und der Tollwuterreger; Gruppe III umfaßt z.B. Risiken von Schläge des Denguefieber- und Pferdeenzephalitis-Erregers, die in der militärischen Forschung bereits Bio-Waffen-Qualität haben.

Zu den Picorna-Viren zählen sowohl die Rhinoviren, die den landesüblichen Schnupfen verursachen, als auch die Maul- und Klauenseuche-Viren. Forschungsfortschritte bei der Impfstoffherstellung gegen diese beiden Tier- und Menschenkrankheiten wären von beträchtlicher wirtschaftlicher Bedeutung: Ist dies etwa der Sinn des Kleintierstalls im Rosenhof?

In der Literatur dieser Forschungseinrichtung werden auch Versuche mit SV 40-Genomen erwähnt, d.h. mit dem Erbmaterial von Viren, das in Verdacht steht, eine Reihe ungeklärter tödlicher Krebserkrankungen bei den Mitarbeitern des Institut Pasteur, Paris, verursacht zu haben.

Wir fordern daher die Leitung des Max-Planck-Instituts am Rosenhof öffentlich auf, die Bürger ihrer Standort- und Nachbargemeinden wenigstens über den Sicherheitsaspekt laufender Forschungsprogramme in geeigneter Form zu unterrichten:

- Mit welchem Ziel werden die genannten Versuche durchgeführt?
- Welche Alternativmethoden zur Anwendung

pathogener Viren gibt es und warum werden diese nicht angewendet?

- Werden dort sog. "Schrotschußexperimente" gemacht?
- Welche Vorkehrungen der biologischen und der Laborsicherheit sind getroffen?
- Wer kontrolliert die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften; welche Mittel und welche Qualifikationen stehen den Verantwortlichen zur Verfügung?
- Welche Alarm- und Notmaßnahmenpläne existieren zugunsten der Wohnbevölkerung für den "Freisetzungsfall" von pathogenen und genetisch manipulierten Organismen?

Der Rosenhof ist kein Elfenbeinturm zweckfreier Wissenschaft. Im Fachbeirat des Instituts (mit Richtlinienkompetenz) sitzt z.B. ein Vertreter des größten Saatgutkonzerns KWS und eine KWS-Tochterfirma, die Lochow-Petkus GmbH, entsendet des weiteren einen "ständigen Gast" in dieses Gremium.

GRÜNE und Grüne Listen wissen, warum sie vor den Freisetzungsrissen genetisch manipulierter Kleinstlebewesen warnen. Die Vermehrung von Retroviren und Krebskeimen, die Anwendung gentechnischer Methoden der "Züchtung" an Pflanzen und Tieren ist ja nicht bloß politisch, sondern in erster Linie wissenschaftlich heftig umstritten. In jedem Falle handelt es sich - wie auch bei der Atomtechnologie, die soeben die schlimmsten Befürchtungen tagtäglich rechtfertigt, um einen Wirtschaftszweig, bei dem sorgfältigste Risiko-Nutzen-Abwägung, und zwar unter schärfster öffentlicher Kontrolle notwendig ist.

Informationsrechte, ja Mitbestimmung sind zur Herstellung von Transparenz geboten, damit Technologien dieser Art zum Wohl aller - nicht zum Nutzen weniger - eingesetzt oder (notfalls) abgeschafft werden können. Schon heute reicht das Spektrum der Kritiker der Gentechnologie vom Philosophen Hans Jonas (Friedenspreis des Buchhandels 1987) und dem Biochemiker Erwin Chargaff über Frau Prof. Dr. Hickel MdB (Leiterin der Enquetekommission Gentechnologie des Bundestages) bis weit in die Gewerkschaften hinein (von der äußerst klaren Haltung der Katholischen Bischofskonferenz ganz zu schweigen).

Leichtverständlich und lesenswert zur Einführung in die (sauber recherchierten) Möglichkeiten und Risikodimensionen ist der neue Roman von J.M. Simmel "Mit den Clowns kamen die Tränen".

Übrigens: Alle Angaben dieses Artikels über den Tätigkeitsbereich des hiesigen Max-Planck-Instituts kommen aus öffentlich zugänglichen Quellen. Literaturliste und Belegstellennachweis durch unser Mitglied Dr. Robert Avila (über die Redaktion).

Veranstaltungstermine März '88

- 5.3.'88: Knobl-Bonbon, erstes türkisches Kabarett in deutscher Sprache, 20.00 Uhr, Ladenburg, Jugendzentrum "Die Kiste" (Unkostenbeitrag)
- 7.3.'88: Das "Nein" der Region zur Erweiterung der Müllverbrennung, mit Prof. Jürgen Rochlitz, 20.00 Uhr, Schriesheim, Ort der Presse entnehmen

Volkszählung aktueller denn je!?

Die Ereignisse der letzten Tage und Monate um die Firmen NUKEM-ALKEM (s. u.) haben deutlich gemacht, wie es um die Aufsichtspflicht des Staates bestellt ist, wenn es um brisante und für die Bevölkerung gefährliche Unternehmungen geht.

Während unter den Augen der Aufsichtsbehörden die skrupelosesten Verbrechen geschehen, werden Menschen, die genau auf diese und andere Gefahrenquellen der Kernenergienutzung hinweisen, noch immer diffamiert. Wenn sie dann, um ihren Mahnungen Nachdruck zu verleihen, demonstrieren gehen, müssen sie damit rechnen, erkennungsdienstlich (z.T. auch ohne ihr Wissen z.B. über Video oder anonyme Anzeigen) erfaßt zu werden. Hierzu reicht es aus, wenn die zuständigen Behörden den Verlauf einer Kundgebung als nicht friedlich bzw. nicht staatskonform einstufen.

Genau Dieses passiert(e) auch mit VZ-Gegnern. Aufgedeckt durch die Datenschutzbeauftragte in B.-Wü. Frau Dr. Leutze, sind inzwischen bundesweit mind. 866 VZ-Gegner in einer Datei für "Staatsfeinde" (APIS) aufgefunden worden. Ihre Straftaten, z. B. das Abschneiden der Nummer des VZ-Bogens, sind durchweg Bagatelien. Nur durch die Vorverurteilungen und Diffamierungen vor und während der VZ seitens der Regierung und Anderer, war es möglich, daß die Behörden sich verpflichtet fühlten, VZ-Gegner als Staatsfeinde einzustufen.

Wo bleibt da die Verhältnismäßigkeit, wo das demokratische Selbstverständnis?

Vor allem aber: Wo soll man da noch das Vertrauen in eine wahrhaftige (Selbst-) Kontrolle, gerade in einem so sensiblen und schwer durchschaubaren Vorgang wie dem der

Datenerfassung und Weitergabe, hernehmen?

Auch Bürger, die ohne Bedenken, im Vertrauen auf die Sorgfalts- und Aufsichtspflicht der Behörden, ihren Bogen ausfüllten, müssen damit rechnen, daß ihre Daten über dunkle Kanäle an jeden weitergegeben werden, der dafür zahlt oder vorgibt in staatlichem Interesse zu handeln. Wer kann nach den Vorfällen der letzten Zeit noch glauben, daß die Behörden willens bzw. fähig sind den difusen "Transport" unserer Daten zu überwachen, wenn ganze LKW-Ladungen gefährlichster Güter unter ihren Augen verschwinden.

Es sind bereits nachweislich Volkszählungsdaten bei Adressenhändlern gelandet, und der zuständige Bürgermeister (in Laubach) hat Strafanzeige gegen "Unbekannt" erstattet. Ein erster Fall, sicherlich nicht der letzte, und es bleibt zu befürchten, daß auch hier die Mahner, selbst wenn sie vorsorglich als Staatsfeinde abgespeichert wurden, Recht behalten!

Mehr als fraglich bleibt es dagegen, ob es den Befürwortern der VZ gelingen wird, den Nutzen der VZ zu belegen und ihre weitreichenden Versprechungen hinsichtlich des Datenschutzes auch einzulösen.

Es reicht nicht aus, daß die Bevölkerung auf die Unfähigkeit der Behörden aufmerksam (gemacht) wurde. Sie muß wachsam werden. Schon hat Innenminister Zimmermann neue Gesetze zur Einschränkung des Datenschutzes und zur Vereinfachung des Datenzugriffs für staatliche Institutionen auf den Tisch gelegt! Dies zu verhindern und zumindest auf der Einhaltung bestehender Gesetze zu bestehen, sollte Anliegen eines jeden von uns sein.